Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

574 (8.12.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mk. 80 Pf., in das Haus gebracht: 3 Mk., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf.
Vorausbezahlung.

Sprechstunde der Redaktion 3—4 Uhr.

Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit Badischem Museum, Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr:
Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 15 Pfg., für auswärtige Inserate 20 Pf. Reklamezeile 60 Pf.

Inseraten-Annahme in der Anzeigen-Expedition der Bad. Landeszeitung, Karlsruhe, Hirschstraße 9, sowie in allen Bureaux der Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse.

Parlaments-Ausgabe. **Karlsruhe, den 8. Dezember 1900.**

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom 7. Dezember.

Das Haus ist äußerst schwach besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstisch: Frhr. von Thielmann u. A.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Kontrole des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1900 wird in dritter Berathung unverändert ohne Debatte angenommen.

Ein Bericht der Reichsschuldenkommission über die Verwaltung des Schuldenwesens des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs und über andere Gegenstände, sowie die endgiltige Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des ostafrikanischen Schutzgebiets für 1897/98 und der Schutzgebiete von Kamerun, Togo und Südwestafrika für 1898 werden auf Vorschlag des Präsidenten an die Rechnungskommission verwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Ausübung der freiwilligen Gerichtsbarkeit und die Leistung von Rechtshilfe im Heere.

Abg. **Gröber** (Ctr.): Der Entwurf behandle eine Reihe schwieriger juristisch-technischer Fragen, eigne sich deswegen nicht zur Berathung im Plenum. Er beantrage daher, den Entwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. **Hoffmann**-Dillenburg (nl.) schließt sich dem Antrage an und weist auf die Tragweite der Bestimmungen des Entwurfs für den Fall einer Mobilmachung hin.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Lenzmann (fr. Vp.) wird der Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf wird die Berathung der **Kohlen-Interpellation** fortgesetzt.

Abg. Dr. **Böckel** (Antisemit): Aehnliche Zustände, wie sie jetzt herrschen, werden immer wiederkehren, solange die Kohlenschätze privater Ausbeutung überlassen bleiben. Die Kohlennoth ist hauptsächlich auf die Kohlenangst zurückzuführen. Das Genossenschaftswesen ist nur ein Palliativmittel. Unter der Kohlennoth leidet vor Allem der Mittelstand. Die Kohlenausfuhr darf jedenfalls nicht mehr gesteigert werden. Wenigstens sollten die fiskalischen Gruben nicht größere Mengen Kohlen an das Ausland verkaufen. Ich sehe auch nicht ein, warum Kohlengroßhändler wie Cäsar Wollheim und Friedländer jährlich Millionen aus dem Kohlenhandel verdienen. Durch die Kohlennoth hat Wollheim allein 6 Millionen mehr eingenommen. Derselbe hat jährlich 652 000 Tonnen aus den fiskalischen Gruben zu verkaufen. Es ist nicht nothwendig, daß Friedländer sich jetzt eine englische Fasanerie und eine Rennbahn anlegt und große Güter als Grundlage für eine Baronie kauft. Warum sichert sich nicht der Staat diese Einnahmen? Das Syndikat will das Gesetz von Nachfrage und Angebot beseitigen und selbstherrlich die Preise diktiren. Ich begrüße mit Freuden den Antrag Heyl, der die Syndikate unter Staatsaufsicht stellen will. Wenn das nicht hilft, müssen wir zur Verstaatlichung der Gruben übergehen. Das ist die ultima ratio. Vor dem Schreckgespenst des Sozialismus schrecken wir nicht zurück.

Abg. **Müller**-Fulda (Ctr.) wendet sich gegen eine gestern gefallene Bemerkung des Abg. Sachse, daß in einem Blatte des Abg. Dasbach gestanden habe, die Bergarbeiter seien faul. Redner nimmt den Abg. Dasbach gegen die Angriffe, welche Abg. Sachse an diese Zeitungsnotiz geknüpft hatte, in Schutz. Dasbach habe die Interessen der Bergarbeiter seit Jahren in bester Weise wahrgenommen. Deshalb hätten diese Arbeiter ihn auch in den Reichstag gewählt. Redner, der sehr schwer verständlich ist, bemerkt weiter, eine Kohlenenquête sei vom Centrum schon früher verlangt worden. Die fiskalischen Gruben an der Saar verkehren nicht genug direkt mit den Konsumenten. Redner weist einen Brief aus dem Saarrevier vor, aus dem hervorgeht, daß die staatlichen Gruben im Saarrevier den direkten Bezug von Kohlen einer Innung verweigert hätten. In lobenswerther Weise habe dagegen das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat wenigstens für den Bezirk Düsseldorf den Konsumenten den direkten Bezug von Kohlen ermöglicht. Bei dem Heylschen Antrag, die Syndikate unter Staatsaufsicht zu stellen, würde sehr wenig herauskommen. Daß von § 65 des Bergegesetzes, wonach die Gruben angehalten werden können, die noch nicht in Angriff genommenen Kohlenfelder abzubauen, bis jetzt noch kein Gebrauch gemacht worden sei, beweist, daß die preußische Regierung die Lage noch nicht begriffen habe. Nach Artikel 45 und 46 der Reichsverfassung könne übrigens auch das Reich außergewöhnliche Maßregeln in Nothfällen ergreifen.

Staatssekretär Dr. Graf **von Posadowsky:** Der Abgeordnete Richter hat den Wunsch ausgesprochen, es möge über die Bewegung des Kohlenmarktes eine Statistik für das ganze Reich aufgenommen werden, denn die Kohle sei schließlich doch ebenso wichtig wie Zucker, Spiritus und andere Gegenstände, über die das Reich fortlaufend Statistiken veröffentliche. Nun muß ich ja sagen, es ist zwischen Kohle und Spiritus oder Zucker doch insofern ein gewisser Unterschied vorhanden, als Zucker und Spiritus Gegenstände der indirekten Besteuerung sind und schon aus diesem Grunde die Führung ständiger Statistiken nothwendig machen, aber ich erkenne doch auch den Wunsch des Abg. Richter als berechtigt an, und ich will ihm insofern nachkommen, als ich es versuchen will, in den Nachrichten für Handel und Industrie in Zukunft monatlich eine eingehende Statistik nicht nur über die Bewegung des inländischen Kohlenmarktes für ganz Deutschland zu geben, sondern über die Preise, über die Produktion und Bewegung der Kohle im Auslande, insbesondere ferner über die Ein- und Ausfuhrverhältnisse der Kohle. Ich mache übrigens den Abg. Richter darauf aufmerksam, daß ähnliche Publikationen, wenn auch bisher noch nicht in vollständiger Weise, bereits vorgenommen sind von der Zeitschrift „Glück auf". Es handelt sich dabei allerdings um Veröffentlichungen, die das Saargebiet, das Ruhrgebiet und Oberschlesien betreffen. Bei der Wichtigkeit der Kohlenfrage und bei den dissentirenden Ansichten, die sich bei der jetzigen Erörterung geltend gemacht haben, dürften aber diese Mittheilungen nicht ausreichen und regelmäßige genaue Publikationen über den gesammten deutschen und soweit wie möglich auch den ausländischen Kohlenmarkt sehr wünschenswerth sein. — Hinsichtlich der Syndikate hat der Handelsminister im Februar d. J. im Abgeordnetenhause die Erklärung abgegeben, daß die betheiligten Ressorts zusammengetreten seien, um in kommissarischer Berathung ein Bild zu gewinnen über die Bildung, die Zahl, den Umfang und die Wirkung von Syndikaten und über die Art ihres Geschäftsgebahrens. Das Reichsamt des Innern hat es übernommen, alles Material, das hinsichtlich der Kartelle, Syndikate u. s. w. gesammelt ist, übersichtlich zusammen zu stellen und namentlich einen Fragebogen auszuarbeiten, welcher der Untersuchung zu Grunde gelegt werden soll. Diese Arbeiten werden in allernächster Zeit im Reichsamt des Innern beendet sein. Dann werden die Ressorts aufs Neue zusammentreten, um zu erwägen, ob das Material noch der Ergänzung bedarf, und zwar nach der Richtung hin: erstens, wie die Kartelle auf die Preisgestaltung und den Wettbewerb in der Industrie einwirken, und zweitens, wie die internationalen Kartelle durch die Regelung des Absatzes in der Lage sind, auf handelspolitische Maßnahmen einzuwirken. Mit gesetzgeberischen Maßnahmen wird man jedenfalls sehr vorsichtig sein müssen, und ehe man solche ergreift, um irgendwelche schädigende Wirkungen der Syndikate zu verhindern, ist es geboten, sich erst ein klares Bild darüber zu verschaffen, welche Rolle sie im öffentlichen Leben spielen.

Preußischer Handelsminister **Brefeld:** Es sind vielfach die Vertragsbedingungen getadelt worden, die seitens der fiskalischen Gruben den Abnehmern gestellt worden, und es wird behauptet, es seien in diesen Verträgen alle Rechte auf Seiten der Gruben und alle Verpflichtungen auf Seiten der Abnehmer. Nun, so schlimm ist die Sache jedenfalls nicht. Die Abfassung dieser Kontrakte kann sich nicht nach unseren persönlichen Wünschen richten, sondern sie erfolgt lediglich nach Maßgabe der Förderungsfähigkeit der einzelnen Gruben. Herr Abg. Müller meinte, ich müßte die Konsumenten mehr berücksichtigen. Sie erhalten ja bereits Vorzugspreise; aber es ist doch ganz berechtigt, daß wir dabei auch streng darauf sehen, daß die Konsumenten dann nicht etwa ihrerseits Handel mit den Kohlen treiben. Sobald sie das thun, können sie nicht mehr als Konsumenten behandelt werden und keine Kohlen zu den Vorzugsbedingungen erhalten, denn dann sind sie Händler geworden. Nun hat Herr Müller sich darüber beklagt, daß man in Saarbrücken große Bestellungen einer gewerblichen Genossenschaft abgelehnt hätte. Das stände im Widerspruch mit meiner Erklärung vom Dienstag. Das ist ein Irthum: Meine Erklärung bezog sich auf das nächste Jahr; im laufenden Jahr sind wir durch fest abgeschlossene Verträge bereits fest gebunden. Herr Müller meinte dann, das Syndikat sorge durch sein Verkaufsbüreau in Düsseldorf besser für den Verkauf der Kohle an Konsumenten als die staatlichen Gruben im Saarrevier. Gewiß ist das Düsseldorfer Verkaufsbureau des Syndikats sehr gut und sehr zweckmäßig, aber daß es besser wäre, als die staatlichen Verkaufsbureaus, kann ich nicht anerkennen. Die Einrichtungen, die der Staat in dieser Beziehung getroffen hat, sind mindestens gleichwerthig mit denen des Syndikats. Schließlich meinte Herr Müller, es wäre doch sehr werthvoll gewesen, wenn ich von dem § 65 des preußischen Bergegesetzes rechtzeitig Gebrauch gemacht hätte. Das ging doch deshalb nicht gut, weil es immer drei, vier, fünf Jahre dauert, ehe man neue Felder in Betrieb setzen kann. Ich hätte also schon vor 5 Jahren von dem § 65 Gebrauch machen müssen, wenn die Wirkung jetzt hätte eintreten sollen. Ich habe schon öfter auseinandergesetzt, daß auch ohne Anwendung des § 65 bereits 72 neue Anlagen vorgesehen sind. Es ist in dieser Beziehung Alles geschehen, was geschehen kann. Da die Grubenbesitzer auf unsere Forderungen freiwillig eingegangen sind, hatten wir gar keine Veranlassung zur Anwendung des § 65.

Nun möchte ich noch auf eine Mittheilung in der letzten Nummer der „Deutschen Agrarkorrespondenz" eingehen, die einen ganz beispiellosen Angriff gegen mich enthält. Es heißt da: „Die Debatten über die Kohlennoth haben in einem Punkte ein überaus betrübendes Ergebniß gezeitigt. Sie haben bewiesen, daß es einen preußischen Staatsminister giebt, der entweder über ausschlaggebende Momente bei der Beurtheilung der Kohlenfrage nicht orientirt ist, oder sie unrichtig darstellt. Der preußische Handelsminister hat nach den übereinstimmenden Berichten der Zeitungen behauptet: „Die Ursachen der Kohlentheuerung sind ja bekannt; es sind dies der Ausfall der englischen und böhmischen Kohle." Gegenüber dieser Behauptung stellen wir aus der amtlichen Statistik folgende Thatsachen fest: Es betrug die Einfuhr von böhmischer Kohle 1897: 81 Millionen Tonnen, 1898: 84 Millionen, 1899: 86 Millionen Tonnen. Von englischer Kohle wurde eingeführt 1898: 45 Millionen, 1899: 48 Millionen, 1900: 51 Millionen Tonnen. Die Behauptung des Herrn Ministers ist also schlechthin eine „unbegreifliche Unwahrheit." Demgegenüber hebe ich Folgendes hervor: Ich habe nicht behauptet, daß der Ausfall der Kohleneinfuhr allgemein, sondern nur, daß er zeitweise und in örtlicher Begränzung eingetreten sei. Diese Behauptung kann ich beweisen. Was die böhmische Kohle angeht, so ist die Einfuhr dieser Kohle gerade 1900 zurückgegangen, wofür die Agrarkorrespondenz die Zahlen nicht angiebt. Die Ausfuhr englischer Kohle betrug im August 1899 nur 5 600 000 Tonnen; sie ging dann zurück, im September auf 4 830 000, im Oktober auf 4 280 000, im November 4 000 000, im Dezember auf 3 490 000, im Januar 1900 auf 2 820 000, im Februar auf 2 240 000 Tonnen. Ich denke, daraus geht doch hervor, daß die Einfuhr während dieser Zeit ganz beträchtlich zurückgegangen ist und daß in Folge dessen thatsächlich zeitweise und an einzelnen Stellen keine englische Kohle zu bekommen war, wo man sie vorher erhalten hatte. Allerdings hat die Einfuhr in den folgenden Monaten dann wieder erheblich zugenommen; das habe ich niemals bestritten. Jedenfalls ist der gegen mich gerichtete Vorwurf der Unwahrheit unberechtigt und ich weise ihn zurück.

Geheimrath **von Velsen** bemerkt einer Ausführung des Abg. Müller-Fulda gegenüber, daß Jeder, der Kohlen kaufen will, sich über die Preise, die die Großhändler zahlen und zu denen die Kleinhändler kaufen, völlig im Klaren sei, da dieselben den Käufern zugänglich gemacht werden.

Abg. Dr. **Roesicke**-Kaiserslautern (B. d. L.): Wir hätten wohl verlangen können, daß der Minister sich etwas früher mit der Kohlennoth beschäftigt hätte, die ja schon im vorigen Jahre sich bemerkbar machte. In diesem Jahre ist die Kohlenausfuhr um 1 300 000 Tonnen gestiegen (Hört! Hört!) und das hat die Regierung nicht verhindert. Erst als die Noth so hoch gestiegen war, hat die Regierung sich entschlossen, an Genossenschaften abzugeben; bis dahin hat sie nichts gethan. Vergessen Sie nicht, daß die Kohle das Brot des gewerblichen Arbeiters ist. Die bereits heute sehr hohe Ausfuhr würde sich durch den Bau des Kanals nur noch steigern, eine Verbilligung der Kohle ist dadurch also nicht zu erwarten. Die Ausführungen des Ministers Brefeld stehen mit der Statistik in Widerspruch, aus der deutlich hervorgeht, daß die Einfuhr englischer Kohlen seit Januar von Monat zu Monat gestiegen ist. In der Schweiz ist die deutsche Kohle sogar so viel billiger, daß man bereits daran gedacht hat, deutsche Kohle aus der Schweiz nach Deutschland zurückzuführen. Die Ausfuhr ist der Schutz für das Privatmonopol des Großhandels. Statt daß wir dahin streben, uns unabhängig vom Ausland zu machen, verlassen wir uns aufs Ausland. Das, was wir selbst produzieren, gehört in erster Linie uns, nicht aber dem Ausland. Wir sollten alle Kohlen im Lande behalten, damit wir das Ausland nicht brauchen. Die Hypertrophie unseres Exporthandels, unsere gesammte verkehrte Wirthschaftspolitik, die durch die Handelsverträge angestachelt ist, ist auch die Ursache der Kohlennoth. Unter dem deutsch-russischen Handelsvertrage leidet die ganze Nation, denn er verhindert die Möglichkeit durchgreifender Maßnahmen zur Verminderung der Ausfuhr. Wir sollten uns alle zusammenschließen, um die Wiederkehr solcher Zustände zu verhindern, die ja auch der Staatssekretär Graf Posadowsky wiederholt als verkehrt bezeichnet hat. Charakteristisch ist es, daß der Eisenbahnminister dagegen die Aufhebung der Extratarife mit Rücksicht auf die Handelsverträge für nicht angängig erklärt hat. Für eine solche Stellung in nationalen Fragen habe ich kein Verständniß. Sollen wir uns etwa vom Auslande abhängig machen? Wir verlangen die Ausschaltung des Großhandels, es ist kein richtiges Prinzip, daß fiskalische Gruben an Großhändler verkaufen. Es ist endlich Zeit, daß der Fiskus sich daran gewöhne, die gebührende Rücksicht auf das Nothwendige zu nehmen. Daß wir nicht ins Ungemessene produziren können, ist klar, denn wir haben nicht die erforderlichen Arbeiter. Das Kohlensyndikat will die jetzige Noth auf Kosten der Konsumenten beibehalten, indem es Ausfuhrvergütigung für die Eisenindustrie gewähren will. Das Kohlensyndikat ist mit eine Frucht sozialistischer Anschauungen. (Lachen bei den Soz.) Zu meiner Freude ist durch den Antrag des Abg. von Heyl der Anstoß gegeben, hier eine Aenderung zu treffen. Die Spiritus- und Zuckerringe, die in der Debatte erwähnt sind, bedeuten etwas ganz anderes als Kohlenringe. (Widerspruch links.) Ich will Ihnen das näher auseinandersetzen. (Abg. Dr. **Sattler**: Ach Du lieber Gott!) Wenn Ihnen meine Rede zu langweilig ist, Herr Geheimrath Sattler, so sind ja draußen auch noch Räume. Wir müssen eine aktive Handelspolitik der Unabhängigkeit vom Auslande treiben. Wie weit wir mit der entgegengesetzten Politik kommen, das lehren die Vorgänge der letzten Wochen. Ein tiefer Schmerz ging durch das deutsche Volk darüber, daß, mit Rücksicht auf eine große Macht, das Oberhaupt eines für seine Freiheit und Unabhängigkeit ringenden kleinen Volkes von den Thüren Deutschland abgewiesen wurde. (Beifall bei den Antisemiten und unter den Konservativen.) Ich mache dem Kanzler zum Vorwurf, daß er es nicht verstanden hat, den Kaiser über die wahren Empfindungen des deutschen Volkes zu orientiren, denn sonst wäre die Zurücksetzung eines solchen Imponderabile, das die Volksseele tief bewegt, nicht möglich gewesen. (Beifall bei den Antisemiten und bei einzelnen Konservativen.)

Oberbergrath **Ammon** bestreitet, daß im Auslande, namentlich in der Schweiz die Kohlen billiger verkauft würden, als im Inlande.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky:** Der Abg. Rösicke hat seine Rede mit einer Abschweifung auf das Gebiet der äußeren Politik geschlossen. Ich bedauere, daß er mir nicht mündlich eine Andeutung hat zugehen lassen von dieser Absicht; dann würde ich nicht ermangelt haben, den Reichskanzler Grafen Bülow zu bitten, hier in dieser schwierigen Frage selbst zu erscheinen und zu antworten. Ich habe aber angenommen, daß es in allen Parlamenten der Welt Sitte ist, die glühend heißen Fragen der äußeren Politik auch formal etwas anders zu behandeln wie die Fragen der inneren Politik, die nicht zu solchen schweren Konsequenzen Anlaß geben können, wie die der äußeren. Für einen unverantwortlichen Reichstagsabgeordneten ist es leicht, einer gewissen populären Stimmung Ausdruck zu geben, aber ein Mann, der an einer so verantwortlichen Stellung steht wie der Kanzler des deutschen Reichs, der die Verantwortung trägt nicht nur für den Frieden Deutschlands, sondern unter Umständen für den Frieden der ganzen Welt, für den dürfen populäre und sentimentale Strömungen unter keinen Umständen den Ausschlag geben (Sehr richtig!); für den giebt es nur einen Kurs und das ist die Ruhe, die Sicherheit, die Wohlfahrt und die Interessen des eigenen Vaterlandes. (Beifall.)

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (nl.): Die Preise der Kohle an der Ruhr sind im Durchschnitt der letzten Jahre weit stärker in die Höhe gegangen, als die Preise der Saarkohle. Das ist im Wesentlichen dem Einfluß des Syndikats zuzuschreiben, und es ist daher nicht die Saargrubenverwaltung sondern gerade das Syndikat für die Panik verantwortlich zu machen. Eine sehr wirksame Waffe gegenüber den Syndikaten haben die Regierungen in dem § 65 des Berggesetzes, wonach sie, wenn es im Interesse der Allgemeinheit liegt, die Besitzer von abbaufähigen Lägern innerhalb einer bestimmten Frist zum Abbau zwingen können. Es thut mir leid, daß die Regierungen von dieser wichtigen Befugniß bisher so wenig Gebrauch gemacht haben. Es ist geradezu eine Ueberhebung, wenn eine Gesellschaft wie das Kohlensyndikat sich für berechtigt hält, den Konsum eines so wichtigen Artikels wie der Ruhrkohle nach eigenem Ermessen für ganz Deutschland zu reguliren. Das Syndikat ist sogar so weit gegangen, daß es Händler, welche die Kohle billiger verkauften, als es ihm paßte, boykottirte und ihnen überhaupt keine Kohle mehr lieferte. Der Inlandkonsum stellt in Verbindung mit dem Export eine äußerst wichtige sozialpolitische Frage dar. Der Export des Kohlensyndikats ist allerdings in den letzten drei Monaten geringer gewesen, als früher, aber man darf nicht vergessen, welche außerordentliche Höhe er in den ersten Monaten dieses Jahres erreicht hatte. Die Folge war, daß die Arbeiterzahl im Ruhrgebiet in jener Zeit stark vermehrt werden mußte. Wenn jetzt die rückgängige Konjunktur kommt, werden die Arbeiter wieder in Schaaren entlassen werden. Wenn man bedenkt, daß sich unter diesen Arbeitern sehr viele Polen befinden, so ergiebt sich daraus klar, daß irgendwelche sozialpolitischen Erwägungen bei der ganzen Taktik des Syndikats nicht vorhanden sind. Mit den Löhnen an sich hat übrigens das Syndikat nichts zu thun, die Festsetzung der Löhne ist einfach Sache der inneren Verwaltung der einzelnen Zechen. Wenn die Löhne also besser geworden sind, so gebührt das Verdienst nur den Zechen und nicht dem Syndikat, und zu meiner Freude sind in der That die Löhne an der Ruhr gestiegen; dagegen sind sie im Saargebiet und in Oberschlesien noch zu niedrig, und es wäre wünschenswerth, wenn die Verwaltungen sie entsprechend den jetzigen höheren Kohlenpreisen aufbesserten. Man muß doch bedenken, daß die Kohlenarbeiter ihrem Beruf unter viel schwierigeren Verhältnissen nachgehen, als fast alle übrigen Arbeiter. Unter diesen Umständen ist aber nicht die Aufbesserung der Löhne allein, sondern auch die Frage der Arbeitszeit von allergrößter Bedeutung, und ich meine, wenn bei rückgängiger Konjunktur große Arbeitermengen entlassen werden, dann ist es für die verbündeten Regierungen an der Zeit, den Normalarbeitstag, wenn auch vielleicht nicht gerade den achtstündigen, so doch einen solchen mit erheblich kürzerer Arbeitszeit als jetzt, sofort einzuführen. Auch an eine Erweiterung der Wohlfahrtseinrichtungen könnte gedacht werden. Ich habe außerordentlich bedauert, daß von einer gewissen Seite die Wohlfahrtseinrichtungen des Herrn Krupp abfällig kritisirt worden sind. Es wurde so dargestellt, als ob er in seinen „Arbeitervillen" herumgeht und seine Sklaven dressirt. Ich kenne die Einrichtungen des Herrn Krupp sehr genau und weiß, daß in diesen Arbeiterwohnungen nicht nur die Arbeiter solange wohnen können, wie sie beschäftigt sind, sondern daß auch, wenn sie sterben, ihre Wittwen und Waisen wohnen bleiben dürfen. Man sollte sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß Alles, was geschieht, abfällig kritisirt werden muß. Wenn etwas geschieht, erhebt man Vorwürfe, und wenn nichts geschieht, thut man es auch. Daß die Preissteigerung in Deutschland eine Folge der allgemeinen gegenwärtigen Bewegung auf dem internationalen Kohlenmarkte sei, stimmt mit meinen statistischen Erhebungen nicht überein. Die Preise sind in England seit 1891 nur um 19 Proz. gestiegen, in Amerika sogar um 7 bis 10 Proz. gefallen, während sie bei uns in Essen um 27—40 Proz. in die Höhe gegangen sind. Wir kon

kurriren nun aber mit Amerika, und wenn die Kohlenpreise so stark differiren, so werden wir nicht in der Lage sein, uns mit unserer Industrie konkurrenzfähig zu erhalten, zumal, wenn wir noch so unvortheilhafte handelspolitische Abmachungen mit Amerika haben.

Das Kohlenmonopol an der Ruhr und das Petroleummonopol des Herrn Rokefeller können auf die Dauer nicht ertragen werden. Händlern und Konsumenten ist dadurch die Schlinge um den Hals gelegt worden. Wenn es sich darum handelt, daß der wirthschaftlich Schwächere gegenüber dem Ueberstarken geschützt werden soll, sind wir im Reichstage nicht davor zurückgeschreckt, die Vertragsfreiheit, ja selbst die Gewerbefreiheit einzuschränken. Unsere ganze Arbeiterschutzgesetzgebung basirt darauf. Wie ist es denn mit der Börse? Durch das Börsensteuergesetz sind sogar die Bankiers unter Aufsicht gestellt worden. Das freie Walten monopolistischer Bestrebungen werden wir unter keinen Umständen auf die Dauer dulden können. Es wird behauptet, daß man in der Behandlung der Börse zu weit gegangen ist, so daß darunter das legitime Geschäft gelitten hätte. Wenn nachgewiesen würde, daß das legitime Geschäft durch das Börsengesetz thatsächlich geschädigt worden ist zum Nachtheil unserer volkswirthschaftlichen Entwickelung in Deutschland, dann würden wir nicht davor zurückscheuen, die bessernde Hand anzulegen. Der Nachweis ist aber bisher nicht geliefert worden, und es liegt kein Anlaß vor, hier eine Aenderung eintreten zu lassen. Wenn wir jetzt gegen die Syndikate weiter gehen wollen, so thun wir das nicht, um immer weitere Kreise durch die Reichsaufsicht zu belästigen und zu beschränken, sondern um wirklich vorhandene Auswüchse zu beseitigen. Die monopolistischen Kohlensyndikate müssen also nach meiner Ansicht unter Reichsaufsicht gestellt werden. Dagegen sind Kartelle zur Hebung der Landwirthschaft, wie der Zucker- und Spiritusring, durchaus berechtigt, denn diese fallen nicht unter die Kartelle, welche einen monopolistischen Charakter tragen, sondern sie sind nur dazu da, einem darniederliegenden Gewerbezweige der Landwirthschaft wieder aufzuhelfen. (Beifall rechts.)

Abg. **Lenzmann** (fr. Vp.): Die Debatte war bisher im Ganzen sehr sachlich und verständig. Wenn die Redner der äußersten Rechten und die der äußersten Linken sich bei dieser Frage sehr nahe berührten, wenn große Parteien in zwei Theile sich spalten, wie eben noch bei dem Herrn Vorredner zu Tage trat, der nur für einen Theil seiner Freunde sprach, so beweist das, daß die ganze Frage noch nicht geklärt ist. Mit der Verstaatlichung der Bergwerke kann ich mich nicht befreunden. Wir haben genug Staatsskloaken und haben keine Ursache, ihre Zahl um ein paar Hunderttausende zu vermehren. Wenn wir im Ruhrgebiet die Förderung der Produktion noch mit Hilfe des § 65 erzwingen wollten, so würde das nur die Folge haben, daß unrentable und unproduktive Felder in Betrieb gesetzt werden. Wenn wirklich noch rentable Felder in Westfalen vorhanden wären, so hätten dort die Zechenbesitzer sie längst in Angriff genommen. Die westfälischen Bergwerksbesitzer machen es nicht wie die schlesischen Magnaten, die große produktive Felder nicht ausnützen. Dazu haben die Westfalen einen viel zu ausgeprägten Geschäftssinn. Die Tarifpolitik der Eisenbahnverwaltung ist durchaus falsch. In den Ausfuhrtarifen liegt geradezu eine Ausfuhrprämie und in den Einfuhrtarifen ein Schutzzoll; das ist von unserer Partei stets auf das Energischste betont worden. Man darf die Ausfuhr nicht verbieten, aber es hat auch keinen Zweck, die Ausfuhr künstlich zu begünstigen, dann braucht man nicht die galizischen Arbeiter in die Bergwerksgebiete zu rufen. Gewiß ist auch der Arbeitermangel ein Grund für den Kohlenmangel. Dieser Arbeitermangel ist wesentlich auf unseren Militarismus zurückzuführen. So muß man denn jetzt ausländische Arbeiter in Massen ins Land ziehen, um ihnen dann hier ihre Muttersprache und ihren Gottesdienst zu nehmen. Das ist eine Brutalität, die ich nicht billigen kann. Ich für meine Person bin wahrlich kein Freund der Syndikate. Ich muß aber zugeben, daß das Syndikat in gewisser Beziehung günstig gewirkt hat, daß es die Preise stetiger gemacht hat. Daß die Preise stetig gestiegen und nicht gefallen sind, ist ganz natürlich, denn die letzten Jahre haben auf allen Gebieten einen Aufschwung gebracht. Allerdings hat das Syndikat seine Macht zuweilen mißbraucht, z. B. dadurch, daß es sich direkt geweigert hat, an unbequeme Genossenschaften zu verkaufen. Ich habe hierfür mehrere Briefe als Beweise in Händen. Das ist ein brutaler Mißbrauch der Uebermacht des Syndikats. Gesetzgeberische Maßnahmen sind aber auf diesem Gebiete bedenklich. Man wird doch keine Zuchthausvorlage für die Arbeitgeber machen wollen. Die Unterscheidung zwischen Syndikaten mit monopolistischer Tendenz und Nothsyndikaten, die in dem Antrag Heyl vorgeschlagen ist, ist praktisch ganz undurchführbar. Bei jedem Syndikat werden sich die Mitglieder als nothleidend bezeichnen. Herr Hilbck hat ja sogar selbst die Lage des Kohlensyndikats als nicht so glänzend hinzustellen versucht! Die Kohlendebatte hat dem Volk die Augen geöffnet über das Gebahren gewisser interessirter Kreise, das nicht mehr schön ist. Die Gesetzgebung soll aber deshalb nicht so schnell eingreifen mit Maßregeln der Brutalität gegen die Unternehmer. Freie Entwicklung des Handels, der Arbeiter, der Unternehmer, das sind die Grundlagen der salus publica, die zur suprema lex werden muß.

Abg. **Franken** (nl.): Nachdem der Kollege Hilbck bereits die Angriffe auf das Kohlensyndikat zurückgewiesen hat, kann ich mich kurz fassen. Die Kohlennoth ist keineswegs eine neue Erscheinung; wir erlebten sie schon in der Mitte der fünfziger Jahre, als die deutsche Industrie noch in den Kinderschuhen steckte; auch zu Anfang der siebenziger Jahre war die Kohlenindustrie nicht in der Lage, den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Dann kam 1872 der große Bergarbeiterstrike, der die Veranlassung zu hohen Preisen gab. Nach dem Bergarbeiterstrike 1889 bis 1892 herrschte wieder eine große Kohlennoth. Nun sagt man, das Syndikat sei an den hohen Preisen Schuld. Das ist nicht der Fall, denn während die Preise im Einzelverkauf um 70 bis 90 Proz. in die Höhe gingen, sind sie an der Quelle nur um 10 bis 20 Proz. gestiegen. Die schwierigste Zeit, welche die Bergwerksindustrie durchgemacht hat, waren die Jahre 1876 bis 1885. Verschiedene Kohlenfelder lag brach, kleine Fabrikanten wurden von Haus und Hof getrieben, die Preise waren herunter, die Dividenden betrugen im Durchschnitt nur 2,7 Prozent und man suchte nach Mitteln und Wegen, um der Noth ein Ende zu machen. Man gründete zunächst für das rheinisch-westfälische Industriegebiet einen Kohlenverkaufs-Verein, und es gelang auch, den Engländern die Lieferungen für den Norddeutschen Lloyd streitig zu machen. Als nun nach den Strikes von 1889 bis 1892 die vorübergehende Kohlennoth sich gelegt hatte und ein abermaliger Preissturz eintrat, da wurde aus diesem Verkaufsverein das Syndikat, dieses hat so segensreich gewirkt, daß es allen anderen Syndikaten wirklich als Beispiel dienen kann. Seitdem hat auch eine wesentliche Lohnverschiebung stattgefunden. Ich will nur erwähnen, daß der Schürflohn 1886 jährlich durchschnittlich 848, 1899 dagegen 1504 Mk. betrug. Dabei ist doch auch zu bedenken, daß die Zechenbesitzer heute mit ganz anderen Ausgaben zu rechnen haben als früher. Daß das Syndikat sich auch bemüht hat, dem Zwischenhandel sein Monopol zu entziehen, welches dazu beitrug, die Industrie zu ruiniren, war seine Pflicht, die Behauptung, das Syndikat halte Kohlen zurück, um die Kohlennoth noch zu vergrößern, ist hinfällig. Die Kohlenproduktion hat sich im letzten Jahre außerordentlich vermehrt; es wurden im Ruhrgebiet 15 000 Doppelladungen mehr gefordert.

Der Herr Abg. Sachse hat gestern versucht, eine Sozialistendebatte heraufzubeschwören; ich will darauf nicht eingehen, sondern nur Folgendes hervorheben, Sie können ihr Material noch vermehren, wenn Sie Folgendes benutzen wollen: Es ist objektiv glaubwürdig: Der „Bergknappe", Organ des christlichen Gewerk-Vereine, schreibt unter dem 4. November 1899. Bestrafung v. der Bergleute erfolgten, so berichtet der Revierbeamte des Bergreviers West-Dortmund, hauptsächlich wegen willkürlichen Feierns. Nach den Erhebungen für das zweite Halbjahr 1898 feierten willkürlich im Revier an jedem Arbeitstage durchschnittlich 218 Mann; die Zahl der durchschnittlich täglich mit Urlaub Feiernden beträgt 173. Das ist für die Zechen um so empfindlicher, als gerade die Arbeiter, welche feiern, hauptsächlich in der Förderung thätig sind, von deren flottem Gang der Betrieb in erster Linie abhängt. Die Folge ist, daß die Zechen an den Montagen mit erheblichen Förderausfällen rechnen müssen. Wir haben früher schon die Bergleute vor dem gewohnheitsmäßigen Bummeln gewarnt und müssen das heute nochmals. Es wirft ein schlechtes Licht auf uns. Den Herrn Abg. Sachse hat man hinters Licht geführt, wenn man ihm schrieb, Bergarbeiter müssen in Schuppen und Pferdeställen der Kohlenbergwerke wohnen. Nennen sie den Namen des Briefschreibers oder, wenn sie das nicht wollen, den Namen der Zeche. Der Herr Abg. v. Czarlinski gab seinen gestrigen Ausführungen den Beigeschmack eines Vertheidigers der Polenbestrebungen und meinte: Man solle sich in Deutschland schämen, daß man eine Polenfurcht an den Tag lege. Sie haben Recht, Herr Abgeordneter. Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk fangen wir an, uns zu schämen, daß man dem Treiben der Polenagitatoren so lange müßig zugesehen. Ich bedaure auch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Lenzmann. Die katholische Geistlichkeit in unserem Kohlenrevier könnte ihn besser belehren. Das königliche Bergamt verlangt mit Recht, jeder polnische Arbeiter solle soviel Deutsch verstehen, um die beim Bergbau öffentlich angeschlagenen Sicherheitsmaßregeln lesen zu können. Den Herrn Abg. Grafen Kanitz befremdet die Entlassung von 12 Beamten des Syndikats. Ja, meine Herren, sie sind entlassen, weil sie unbefugt Zwischenhandel getrieben. Er meinte auch, viel mehr Beamten könne das ganze Syndikat nicht haben. Ich kann ihm verrathen, daß zur Bewältigung der Arbeiten bei dem Kohlensyndikat 240 Kaufleute angestellt sind. Der Herr Graf von Kanitz hat dann gesagt: Das Gemeinwohl muß über den Sonderinteressen stehen. Hoffen wir, daß der Herr Abgeordnete diese Worte beherzigt, wenn es gilt, Wasserstraßen zu bewilligen, um nach dem Osten Kohlen und Eisen, und von dem Osten nach Westen Getreide billig befördern zu können. Der Herr Abgeordnete Dr. Rösicke-Kaiserslautern meinte, der Landwirthschaft fehlte die Kohle, wie sie gebraucht werden sollte. Der Eisenindustrie hat solche auch gefehlt, ja selbst solchen Werken, welche neben den Gruben liegen, weil die verkauften Mengen garnicht gleichmäßig vertheilt worden sind. Der Herr Abgeordnete hat dann noch so viele begeisterte Worte gehabt für die deutsche Industrie. Ich hoffe, daß er bei Einbringung der Handelsverträge einen recht hohen Zoll für eingeführte Kohlen verlangt. Die deutsche Kohlenindustrie wird gerne auf eine Ausfuhr verzichten. Herr Kollege Freiherr v. Heyl befürwortete für Bergleute den achtstündigen Arbeitstag. Ich will nur bemerken, daß solche im Ruhrkohlengebiet längst eingeführt ist. Wo die Arbeitsverhältnisse besonders schwierig sind: durch Abteufen, Ausbau von Querschlägen ꝛc. wird von den Bergbeamten die Arbeitszeit sogar noch weiter herabgesetzt.

Ich habe mich nicht davon überzeugen können, daß das Kohlensyndikat nachtheilig für unsere wirthschaftlichen, noch weniger für unsere sozialen Verhältnisse eingewirkt hat. Nein, das Gegentheil ist der Fall. (Beifall.)

Abg. Dr. **Stephan** (Ctr.) vertheidigt die oberschlesischen Gruben gegen die Angriffe des Abg. Sachse. Die Arbeiter derjenigen Gruben, denen Centrums-Abgeordnete nahe stehen, seien besser gestellt, als die der fiskalischen Gruben. Die oberschlesischen Gruben hätten das Verdienst, auch ohne allen staatlichen Zwang stets bestrebt gewesen zu sein, die Produktion zu steigern. Trotzdem die Kohlennoth in Oesterreich in Folge der Ausstände in letzter Zeit sehr groß gewesen sei, hätten die oberschlesischen Gruben doch nicht erhebliche Mengen nach Oesterreich verkauft. Die Ausfuhr gehe doch übrigens auch ohne ein solches Verbot jetzt stetig zurück. Die Preissteigerung falle nicht den Grubenbesitzern zur Last. Diese hätten leicht viel höhere Preise fordern können, als sie gefordert haben. Wenn die Kohlenpreise andauernd hoch blieben, würden übrigens auch die Arbeiterlöhne steigen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Damit ist die Besprechung der Interpellation beendet

Das Haus vertagt sich.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. **Sattler** (nl.): Der Herr Abg. Dr. Rösicke hat mich als „Herr Geheimrath Dr. Sattler" angeredet. Ich mache ihn darauf aufmerksam, daß es nicht den Gepflogenheiten dieses Hauses entspricht, die Abgeordneten mit ihrem Amtstitel anzureden. Er hat sich dann ferner erlaubt, mich zur Entfernung aus diesem Saale aufzufordern. Es ist nicht das Recht des Abg. Rösicke, mich dazu aufzufordern. Wenn ich mich bei seiner Rede gelangweilt hätte, so würde er mir daraus keinen Vorwurf machen können. Denn ob ich mich bei einer Rede langweile oder nicht, hängt nicht von mir ab.

Abg. **Rösicke**-Kaiserslautern bemerkt persönlich, er habe den Abg. Sattler nicht aufgefordert, den Saal zu verlassen, sondern ihm nur anheimgestellt, hinauszugehen, wenn er sich langweile.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen der Abgg. Lohr (nl.), Sachse (Soz.) und Lenzmann (fr. Vp.) schlägt

Präsident Graf **Ballestrem** vor, die nächste Sitzung am Montag um 1 Uhr abzuhalten und die erste Lesung des Etats auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Herr Präsident: Die Budgetkommission hat mich beauftragt, den Wunsch auszusprechen, die Sitzung am Montag ausfallen zu lassen, damit die Budgetkommission Sitzung halten kann. Ich glaube voraussagen zu können, daß in den beiden Sitzungen morgen und am Montag die Vorlage über die ostasiatische Expedition wird zu Ende gebracht werden können. Ich mache darauf aufmerksam, daß eine ganze Anzahl von Abgeordneten, die zum Etat reden wollen, in der Kommission sitzen.

Präsident Graf **Ballestrem** bemerkt, daß er der Kommission genügend Zeit gelassen habe zur Berathung der Chinavorlage. Er habe kein Mittel, die Kommission zur Beschleunigung ihrer Arbeiten zu veranlassen. Vor Kurzem habe er dem Seniorenkonvent die veränderte Sachlage vorgetragen und dieser habe sich damit einverstanden erklärt, daß am Montag die Etatsberathung beginne. Ja, meine verehrten Herren, eine Garantie haben wir nicht, daß der Nachtragsetat am Montag zu Stande kommt, und dann könnten die Mitglieder der Budgetkommission auch verlangen, daß der Dienstag frei bleibt. Ich bin aber bereit, meinen Vorschlag dahin zu modifiziren, daß ich als Beginn der Sitzung 2 Uhr vorschlage.

Abg. Dr. **Sattler** (nl.): Ich unterstütze den Vorschlag des Präsidenten mit aller Wärme, zumal da die Budgetkommission ihre Berathungen bereits einmal um 8 Tage verschoben hat und damit schon die Möglichkeit, daß die wichtige Vorlage vor Weihnachten erledigt wird, geschwunden ist. Morgen ist Festtag, Sonntag ist Sonntag und wenn Montag noch Freitag ist (Heiterkeit), dann werden sich noch weniger Kollegen hier einfinden, als es jetzt schon der Fall ist.

Abg. **v. Kardorff** (Rpt.) bemerkt, daß sich die Budgetkommission allerdings eine Woche vertagt habe; er habe sie aber den Wünschen des Seniorenkonvents entsprechend einberufen.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (fr. Vpt.): Die Präsenz ist eine derartige, daß sie schlechter garnicht werden kann (Heiterkeit). Aus Rücksicht auf die Mitglieder der Budgetkommission, die sehr angestrengt arbeiten müssen, sind wir dafür, die Sitzung am Montag ausfallen zu lassen. Es handelt sich um eine Nothlage, der wir Rechnung tragen müssen.

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich bemerke, daß den Mitgliedern der Budgetkommission von keiner Seite ein Vorwurf gemacht ist.

Es wird zur Abstimmung geschritten, die die Ablehnung des Antrags Kardorff ergiebt.

Die nächste Sitzung findet also statt am Montag um 2 Uhr mit der Tagesordnung: Erste Lesung des Etats.

Schluß 6 Uhr.

Verantwortlicher Redacteur Felix v. Eckardt,

Hoehl Kaiser-Blume
Feinster Sekt.
Gebr. Hoehl, Geisenheim a. Rh.
Zu bezieh. durch die Weinhandlungen.
12010

Verkauf sämtlicher Schaumweine von Gebrüder Hoehl zu Geisenheim
(einzelne Flaschen zu Originalpreisen).
Julius Hoeck,
Weinhandlung,
Karlsruhe, Kriegstrasse 6.
Telephon 74. 4748.13.12

R. WOLF
Magdeburg-Buckau.
Bedeutendste Locomobilfabrik Deutschlands.
Locomobilen

mit ausziehbaren Röhrenkesseln, von 4 bis 200 Pferdekraft, sparsamste Betriebsmaschinen
für Industrie und Landwirthschaft.
Dampfmaschinen, ausziehbare Röhren-Dampfkessel, Centrifugalpumpen, Dreschmaschinen bester Systeme.
Vertreter: **Herm. Muff**, Ingenieur.
Cannstatt—Stuttgart, Königstr. 87 II. 14009

Sanatorium Ulm a. D.
Dr. med. Hartmann.
Special-Naturheilanstalt für 8069
Gicht, Rheumatismen, Hautkrankheiten, namentl. Psoriasis, Gesichtsausschläge, Krampfadergeschwüre u. dergl.
Prospekte z. Verfügung.

Berlitz-Schule,
Kaiserstr. 161, 3 Trepp.
Sprachschule für Erwachsene, Herren und Damen, unter Oberleitung des Herrn Prof. Berlitz.
Französ., Engl., Italien., Russ., Span., Deutsch etc.
Conversation, Litteratur, Correspondenz. Ueber 100 Zweigschulen. Für jede Sprache nur Lehrer der betreffenden Nation. 5109
Berlitz-Methode: Während der ganzen Stunde Uebung, selbst bei Anfängern, **nur** in der zu erlernenden Sprache; **kein Wort** in der Muttersprache des Schülers;
Probelektion gratis.
Eintritt jederzeit. Einzel- u. Klassenunterricht am Tage u. abends. Sprechstunden 9–12, 2–5, 7–10 Uhr.
Prospekte gratis und franko.

15 garantirt sichere **Treffer** muss jeder einzelne Theilnehmer innerhalb 6 Woch. erzielen. Nur einmalige Zahlung. Prosp. kostenlos.
Friedrich Esser Bank-Commission Frankfurt a. M.
8271

Schleuderhonig
(Neue Ernte, hell und dunkel) 8½ Pfd. netto fr. Nachn. M. 8.80. Größ. Post. billiger. 12053
Bienenzuchtverein Emmendingen.

Darmstadt,
Höheres Töchterpensionat nebst Haushaltungsschule.
Gediegene wissensch. Fortbildung. Sprach. v. Ausländerinn., sämtl. prakt. u. Kunsthandarb., gründl. Anleitg. im Haushalte, guter Musik- u. Malunterr. — Gewissenh. Verpfleg. u. Erzieh., gesellsch. Ausbildung. Theater, Concerte, reiche Kunstsammlung. Waldreiche Umgebung. Garten und Spielplatz am Hause. — Empfohlen d. Eltern ꝛc. früh. Pens. Honorar 1000 Mk. Prosp. u. näh. Ausk. durch die Vorsteh.: **Frl. Clementine Dupré,** staatlich geprüfte Oberlehrerin. 1541

Pianino,
wenig gespielt, kreuzsaitig, **billig zu verkaufen.** 1628
M. Hack, Rüppurrerstr. 2, 2 Treppen.

Pottiez-Schroff,
Werderstrasse 57,
empfehlen ihr reich sortiertes Lager aller Arten **Kasten- und Polstermöbel; ganze Zimmereinrichtungen, Aussteuern, Betten, Stühle, Spiegel, Bettfedern, Roßhaare etc.** zu billigen Preisen.
Eigene Tapezierwerkstätte im Hause. 1627.29.36

Druck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe.